

# «Es droht ein Zerfall in rote und blaue Bundesstaaten»

«US-Demokratie als Krisenfall» Trump-Attentat, Biden-Rückzug, Harris-Kandidatur: In den Vereinigten Staaten passiert Historisches im Wochentakt. Was ist dort los? Antworten des deutschen Historikers Manfred Berg.

Vincenzo Capodici und Enver Robelli

Die USA erleben einen verrückten, historischen Wahlkampf. Wie lässt sich das alles einordnen mit Blick auf die US-Geschichte seit Mitte des 20. Jahrhunderts, Herr Berg?

Die Ereignisse spiegeln eine jahrzehntelange schwelende politische und gesellschaftliche Spaltung der USA. Das Land hat sich schrittweise in verfeindete Lager gespalten, die kaum noch zu Kompromissen bereit sind. Letztlich geht es nicht um Interessen, sondern um fundamentale Werte, Identitäten und Lebensweisen. Die USA waren über viele Jahrzehnte das Vorbild einer Konsensdemokratie, inzwischen ist ihre Demokratie ein Krisenfall. Donald Trumps Wahl 2016 war ein einschneidendes Ereignis, das diese Krise sichtbar machte. Der Capitol-Sturm von 2021 war nichts anderes als ein Putschversuch. Das alles war lange Zeit unvorstellbar.

1968 war auch ein turbulentes Wahljahr: Lyndon B. Johnsons Verzicht auf die Präsidentschaftskandidatur, die Ermordung von Martin Luther King und Robert F. Kennedy, Rassenkonflikte und Proteste gegen den Vietnamkrieg. Wie schauen Sie auf 1968 zurück?

Die Parallelen sind offenkundig. Auch 1968 glaubten viele Menschen in den USA, ihr Land stehe am Rande eines Bürgerkriegs – und es gab nachvollziehbare Gründe dafür. Aber es gibt einen grossen Unterschied: Die beiden grossen Parteien teilten noch einen demokratischen Konsens. Und als Richard Nixon die Präsidentschaftswahl gewann, hat das auch niemand infrage gestellt. Das war ein ganz normaler Machtwechsel in der Demokratie – und das ist heute anders. Die Republikanische Partei ist mittlerweile in Teilen rechtsextrem und ein militanter Kampfbund geworden, der hinter einem machthungrigen Anführer steht. Das hat dazu geführt, dass die Anerkennung von Wahlergebnissen, also ein Grundprinzip der Demokratie, nicht mehr gewährleistet ist. Das ist für die US-Demokratie insgesamt gefährlicher als das, was 1968 passiert ist.

Was ist der überparteiliche demokratische Konsens zerbrochen?

Viele heutige Konflikte lassen sich bis in die 1960er-Jahre zurückverfolgen. Die Kulturrevolution, der Vietnamkrieg oder auch die Rassenkonflikte haben die amerikanische Gesellschaft nachhaltig verändert. In den 1980er-Jahren folgte eine Phase der Stabilisierung, eine Art neuer konservativer Konsens während der Reagan-Präsidentschaft. Aber schon die 1990er-Jahre waren wieder eine Zeit, in der sich vor allem die Republikaner unter ihrem damaligen Speaker des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, stark radikalisierten. Die akute Krisenphase begann mit der Grossen Rezession nach der Finanzkrise von 2008, der Wahl von Barack Obama, die für das traditionelle

Amerika ein Schock war, sowie dem Aufstieg der Tea Party und dann vor allem von Trump. Im Kern handelte es sich um eine Revolte gegen die Globalisierung. Eine Rolle spielten der wirtschaftliche Niedergang breiter Bevölkerungsschichten, vor allem der Arbeiter- und der unteren Mittelklasse, sowie der rasante demografische Wandel.

Welche Verantwortung trägt die Demokratische Partei für die Spaltung der US-Gesellschaft?

Von den traditionellen Linken wird der Vorwurf erhoben, dass sich die Partei immer mehr von ihrer Kernklientel abgewendet und Fragen der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit vernachlässigt habe. Dabei seien die Demokraten mehr oder weniger dem neoliberalen Zeitgeist gefolgt – dafür stand insbesondere die Präsidentschaft von Bill Clinton in den 1990er-Jahren. Zudem müssen sich die Demokraten den Vorwurf gefallen lassen, dass sie kulturelle Fragen, vor allem solche zu Rassismus, sexueller Orientierung oder Geschlechterrollen, ins Zentrum ihrer Politik gerückt hatten, also das, was man als Identitätspolitik bezeichnet. An dieser Kritik ist vieles zutreffend. Die heutigen Kulturkämpfe sind jedoch auch von der amerikanischen Rechten in erheblichem Masse angestiftet worden.

Ist die Angst der Republikaner, ihr weisses, traditionelles Amerika zu verlieren, der Grund für ihre Radikalisierung?

Die Demokraten repräsentieren das multiethnische, liberale, säkulare, grossstädtische Amerika. Dagegen vertreten die Republikaner das traditionalistische, weisse, kleinstädtisch-ländliche, auch stark religiöse Amerika. Sie wollen eine Nation, in der weisse Christen die dominante Bevölkerungsgruppe sind. Die Angst vor dem nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen Hegeverlust ist eine wesentliche Triebkraft der Republikaner – einer Partei, die ihrerseits völlig entkernt worden ist.

Wie meinen Sie das?

Es ist ein Witz, dass Vizepräsidentschaftskandidat J.D. Vance die Republikaner zur Arbeiterpartei erklärt hat. Die Republikaner waren immer die Partei der Steuererkerker für die Reichen und der Deregulierung, also einer Verbindung von sozial-religiösem, moralischem Konservatismus mit einer extrem neoliberalen bis libertären Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Wesentlichen waren es die Republikaner, die die neoliberale Politik vorantrieben haben, die zur Deindustrialisierung und zum Niedergang der Arbeiterklasse geführt haben. Jetzt propagieren Trump und Vance eine populistische Wirtschaftspolitik, etwa mit protektionistischen Massnahmen.

Bei der Präsidentschaftswahl wird voraussichtlich Kamala Harris für die Demokraten antreten. Sind die USA bereit für eine Präsidentin?

Das waren sie bereits 2016. Die Mehrheit der amerikanischen



«Seit dem Attentat steht Donald Trump da als der charismatische, von Gott erkorene Retter der Nation», sagt Historiker Manfred Berg. Die Kandidatur



von Kamala Harris sei aber «folgerichtig, da sie das neue, multiethnische und multikulturelle Amerika repräsentiert». Fotos: Keystone



Mögliche Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, von links: Roy Cooper (North Carolina), Mark Kelly (Arizona), Josh Shapiro (Pennsylvania) und Andy Beshear (Kentucky). Fotos: AP, Keystone

rassistischen und sexistischen Hasskampagnen ausgesetzt sein. Sie wird aber die Chance haben, zurückzuschlagen. Als Ex-Staatsanwältin wird sie als die toughste Frau auftreten, die weiss, wie man mit Kriminellen umgeht. Und zwar auch, wenn ein Krimineller gerade für das Weisse Haus kandidiert. Das wird sicher eine zentrale Botschaft ihres Wahlkampfes sein. Eine andere zentrale Botschaft ist das Recht auf Abtreibung. Das ist ein wichtiges Thema für viele Frauen auch ausserhalb der Demokratischen Partei. Damit hatten die Demokraten Erfolg bei den Zwischenwahlen 2022. Ein wichtiges Thema, bei dem sie sich unbedingt noch profilieren muss, ist die Inflation. Das ist ein grosses Problem für viele Menschen in den USA.

Das heisst: Die Polarisierung wird zunehmen.

Das ist völlig klar. Die US-Politik ist stark polarisiert. Wahlen werden nicht mehr dadurch gewonnen, dass man Wechselwähler überzeugt, wie es früher der Fall war. 1968 beispielsweise haben viele Wähler gesagt: «Die Demokraten haben uns in den Vietnam-Sumpf geworfen, und wir haben diese Unruhen auf der Strasse. Wir brauchen einen demokratischen Wechsel.» Dann hat man republikanisch und konservativ gewählt. Das ist heute eben anders. Wahlen werden gewonnen, indem man die eigene Anhängerschaft maximal mobilisiert.

Welche Rolle spielt die Altersfrage im Wahlkampf? Die Demokraten können jetzt sagen, dass die Republikaner mit einem senilen, alten Mann antreten.

Hier wird Harris den Spieß umdrehen können. Sie ist Ende 50 und macht einen ziemlich fitten Eindruck. Zudem ist sie redigewandt. Als hochintelligente Frau wird sie sich in TV-Debatten ganz anders präsentieren, als wir das von Joe Biden erlebt haben. Sie muss sich aber auch anders präsentieren, als das Hillary Clinton 2016 getan hat, Clinton hat sich damals viel zu viel gefallen lassen. Trump hat sie stän-

die anders verteilt gewesen wären, und Trump wäre Präsident geblieben. Die grosse Herausforderung ist es, nicht nur eine Mehrheit der Amerikaner hinter sich zu versammeln, sondern die Mehrheiten in den richtigen Staaten zu gewinnen.

Da wären wir bei den Vizekandidaten.

Wer ist in der Poleposition? Josh Shapiro? Es sieht so aus. Er hat Erfolg im Swing-State Pennsylvania. Er wurde zweimal zum Generalstaatsanwalt und einmal zum Gouverneur gewählt. Einige Stimmen in den USA erwähnen seine jüdische Herkunft. Wird das eine Rolle spielen im Wahlkampf? Als der Katholik John F. Kennedy antrat, war das ein Politikum. Bei Biden hat man schon gar nicht mehr so richtig hingeschaut.

Shapiro gilt als Unterstützer Israels. Das kommt bei den arabischstämmigen Wählern schlecht an.

Nicht nur bei ihnen, auch bei jungen Wählerinnen und Wählern. Für sie ist Israel nicht mehr die Heimat der Holocaustüberlebenden, sondern ein rassistischer Apartheid-Staat. Andererseits: Trump ist ein Verbündeter von Benjamin Netanyahu. Wer ein mögliches Ticket Harris und Shapiro nicht wählt, sollte auf die Alternative schauen. Harris hat weitere Vorteile...

...welche? Sie wird auch die Stimmen der Afroamerikaner und der Hispanics wieder stärker mobilisieren können. Da haben die Demokraten in den letzten Jahren an Unterstützung verloren. Die schwarzen Wähler sind in vielen Swing-States ganz wichtig. Die Mehrheit für Biden vor vier Jahren in Pennsylvania ist vor allem dadurch zustande gekommen, dass die Schwarzen von Philadelphia in grosser Zahl abgestimmt haben.

«Die Politik ist stark polarisiert. Wahlen werden heute gewonnen, indem man die eigene Anhängerschaft maximal mobilisiert.»

Wird das Attentat auf Trump Einfluss auf den Wahlausgang haben? Der Anschlag wird Trumps Anhängerschaft mobilisieren, vielleicht auch ein paar Leute, die ihn nun für mutig halten. Viele werden es aber nicht sein. Wer Trump nicht mag und ihn für eine Gefahr für die US-Demokratie hält, wird

seine Meinung kaum ändern und ihm die Stimme geben.

Falls Trump die Wahl verliert, besteht die Gefahr von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie manche Republikaner schon jetzt drohen?

Das muss ich leider bejahen. Trump hatte schon 2016 gesagt, er werde nur eine Wahl anerkennen, die er gewinnt. Wie er sich nach der Wahl 2020 verhalten hat, wissen wir. Für ihn sind Wahlen nur dann frei und fair, wenn er sie gewinnt. Davon ist auch der grösste Teil seiner Anhängerschaft überzeugt. Der Kern der «Make America Great Again»-Bewegung ist militant. Sie wird ihrem Führer auch in diesem Jahr folgen, wenn er sie anstachelt. Seit dem Attentat vom 13. Juli steht Trump da als der charismatische, von Gott erkorene Retter der Nation.

In Ihrem Buch prophezeien Sie den Zerfall der USA in rote und blaue Staaten. Wie kommen Sie auf diese sehr pessimistische Sicht?

Ich will nicht behaupten, dass es zu einer neuen Sezession kommt, wie das 1860 der Fall war. In meinem Buch entwerfe ich das Szenario einer kalten Sezession. Das heisst, die US-Bundesstaaten hören einfach auf, miteinander zu kooperieren. In vielen Bereichen könnten sie zum Beispiel die gegenseitigen Rechtsakte nicht mehr anerken-

nen. In der Geschichte der USA haben sich Einzelstaaten oft geweigert, Bundesrecht umzusetzen. Ich erwarte keinen grossen Krieg, aber eine permanente Krise, die dazu führen kann, dass die Vereinigten Staaten in rote und blaue respektive republikanische und demokratische Bundesstaaten zerfallen.

Was würde das für die westliche Welt bedeuten, für die internationale Ordnung und speziell für Europa?

Das wäre eine Katastrophe! Die USA waren seit 1945 eine Ordnungsmacht und Garanten der europäischen Sicherheit. Schon während des Kalten Kriegs wollte die Sowjetunion die USA aus Europa zurückdrängen. Wenn das gelingt, dann werden die sicherheitspolitischen Karten in Europa völlig neu gemischt. Das wäre eine Einladung an den russischen Imperialismus.

Wie werden künftige Historiker auf die heutigen USA zurückblicken?

Die Antwort auf diese Frage wird in den nächsten Jahren erfolgen, vielleicht schon in ein paar Monaten. Wenn die US-Demokratie die Krise übersteht, dann kann dies vielleicht als Lehrstück für politische Stabilisierung dienen. Wenn aber die USA im Chaos versinken, dann werden die Historiker das Land ähnlich sehen, wie wir heute auf die Weimarer Republik blicken.

## Der Präsident wendet sich emotional ans Volk

Bidens Erklärung Seine Rede dauert elf Minuten und kommt aus dem Oval Office.

Einen ganz kurzen Moment gab es am Mittwochabend, an dem Joe Biden immerhin andeutungsweise den Grund dafür benannte, dass er nicht wieder für das höchste Amt der Vereinigten Staaten kandidieren wird. Er sass im Oval Office im Weissen Haus und sprach zur Nation. Es gebe eine Zeit und einen Ort für neue Stimmen, für frische Stimmen, sagte er. So weit, so bekannt. Dann sagte er: «Ja, für jüngere Stimmen.» Es war das erste Mal, dass der 81 Jahre alte US-Präsident zumindest indirekt einräumte, dass er womöglich zu alt dafür sein könnte, weitere vier Jahre im Amt zu bleiben, und er deshalb auf eine erneute Kandidatur verzichtet hat.

Zuvor hatte sich Biden in seiner Amtszeit lediglich dreimal direkt aus dem Oval Office ans Volk gewandt, zuletzt erst vor wenigen Tagen, nachdem der ehemalige Präsident Donald Trump ein Attentat um Haaresbreite überlebt hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte Biden davon gesprochen, dass die «politische Temperatur» im Land sinken müsse, womit er wohl meinte, dass die gegenseitigen Anfeindungen aus den beiden politischen Lagern etwas weniger gehässig werden sollten.

Das diese Hoffnung sich nicht erfüllen wird, dürfte einiges damit zu tun haben, dass an Bidens Stelle nun aller Voraussicht nach seine Vizepräsidentin Kamala Harris in den Wahlkampf zieht, mithin eine Frau mit afroamerikanischen und asiatischen Wurzeln.

Inoffizielle Abschiedsrede

Wie viel Biden diese Rede bedeutete, war nicht nur daran abzulesen, dass es die vierte war, bei der er hinter dem «Resolute Desk» sass, dem legendären Schreibtisch, den Jacqueline Kennedy einst ins Oval Office bringen liess, als ihr Ehemann John F. Kennedy Präsident war. Es zeigte sich auch daran, dass weite Teile von Bidens Familie ins Weisse Haus gekommen waren, dazu viele seiner engsten Mitarbeiter. Offiziell war es eine Erläuterung der Gründe seines Rückzugs. Inoffiziell war es seine Abschiedsrede.

Sie dauerte lediglich elf Minuten, was für eine Rede dieses Kalibers kurz ist. In diesen elf Minuten brachte Biden seine wichtigsten Anliegen unter. Zuerst wollte er auf seine Verdienste hinweisen. Er nannte unter anderem, dass er sein Versprechen wahr gemacht habe, eine Stelle am Supreme Court mit einer schwarzen Frau zu besetzen. Das war ein Novum. Fer-

ner wies er darauf hin, dass er das Land erfolgreich durch eine Pandemie geführt habe. Er zählte seine Initiativen zum Klimaschutz auf, die milliardenschweren Investitionsprogramme in die Infrastruktur, den Rückgang an Gewaltverbrechen im Land und seine Verdienste um die Lage an der Grenze zu Mexiko.

Gerade bei den letzten beiden Punkten dürften ihm die Republikaner heftig widersprechen. Beim Thema Gewaltverbrechen teils zu Unrecht, weil diese zuletzt tatsächlich zurückgegangen sind, beim Thema Grenze hingegen mit einigem Recht, weil in Bidens Amtszeit die Einwanderung zeitweise so ausser Kontrolle geriet, dass die Behörden und die Hilfskräfte in den Grenzstaaten Texas, New Mexico, Arizona und Kalifornien vollkommen überfordert waren.

«Ich liebe mein Land»

Wenn er auf seine Erfolge blicke, sagte Biden, würde er sich eine weitere Amtszeit durchaus zutrauen. Und: «Ich verehere dieses Amt», sagte er, «aber noch mehr liebe ich mein Land.» Das war eine Ausrufung, die der Erläuterung bedarf. Was Biden damit sagen wollte: Im Grunde wäre er gern Präsident geblieben und hält sich auch für absolut in der Lage dazu. Die Umfragen nach seinem desaströsen Auftritt am 27. Juni bei der Debatte mit Donald Trump zeigten jedoch, dass er wohl keine Chance bei den Wahlen im November haben würde. Wenn nun aber Trump gewänne, bedeutete dies eine Gefahr für das Land. Deshalb mache er Platz.

An anderer Stelle sagte er, dass die Demokratie das Wichtigste sei, womit er ebenfalls nahelegte, dass diese bei einem Wahlsieg Trumps gefährdet sei.

Wie so oft in letzter Zeit klang Bidens heiser, manchmal erschliff er mehrere Wörter ineinander. Bisweilen blitzelte er verwirrend lange nicht. Dennoch war es eine würdevolle Rede, die in einem grösseren Thema gipfelte. Biden sprach davon, dass die Seele Amerikas auf dem Spiel stehe und dass Amerika mehr als ein Staat sei, nämlich eine Idee. «Die Idee von Amerika liegt in Ihren Händen», sagte er, «wir müssen den Glauben bewahren und uns daran erinnern, wer wir sind.» Das sind einerseits die typischen Worthülsen, das ist andererseits die Wahrheit in einem Land, in dem die Gräben zwischen den Parteien und vor allem ihren Wählern immer grösser werden und vielleicht nicht mehr zu überbrücken sind.

Christian Zschke, New York



Live aus dem Weissen Haus: Joe Biden. Foto: Evan Vucci (AP)